



Axel Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion
Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

4. Juli 2011

Neuorientierung der SPD-Europapolitik 2009 – 2013 (Zwischenbilanz)

*"Von Europa weiß offenbar niemand Genaueres" (Herodot, gr. Geschichtsschreiber, 500 v.Chr.)
"Die SPD muss europäischer werden." (Gabriel, dt. Parteivorsitzender, 2010 n.Chr.)*

Heute befindet sich die EU in der größten Krise ihrer Geschichte. Es ist eine Vertrauens- und eine Führungskrise: Die allermeisten Länder sind christdemokratisch regiert und die Sozialdemokratie ist europaweit so schwach wie selten. Mit neuer Politik wollen wir gemeinsame Stärke gewinnen.

1. Partizipation

Die BürgerInnen müssen über EU-Politik entscheiden, nicht nur bei Wahlen. Das neue Recht der Bürgerinitiative wurde im Lissabon-Vertrag durch den SPD-Abgeordneten Jürgen Meyer auf den Weg gebracht. Mit einer Million Unterschriften kann ab 2012 ein Gesetzesvorschlag starten.

Die Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und Werner Feymann (SPÖ) haben schon 2010 dieses für die Finanztransaktionssteuer angekündigt. Wir wollen deshalb im kommenden Jahr mit einer ersten Initiative beginnen.

2. Parlament

Auf die Volksvertretungen kommt es auch in Europa an. Dagegen versuchen die EU-Staats- und Regierungschefs durch intergouvernementale Beschlüsse die Parlamente zu umgehen (neue Unionsmethode/"Methode Merkel"). Bundestag (und auch Bundesrat) werden zur Zeit in EU-Angelegenheiten meist vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die SPD wird deshalb beim ESM-Beschluss die volle parlamentarische Beteiligung einfordern und ggfs. diese beim Bundesverfassungsgericht erwirken.

Schon jetzt haben wir im Bundestag zwei wichtige Neuerungen durchgesetzt:

- Der Europaausschuss tagt (entgegen anderer Gepflogenheiten) öffentlich.
- Der designierte Kommissar Oettinger wurde 2009 im Ausschuss vor der Investitur in Brüssel angehört - ein Novum in der gesamten EU! Für 2014 wird das auch der Fall sein.

3. Parteien

Es geht nicht um "Europapolitik", sondern um die Politik von Parteien in Europa. Politiker in der EU sind natürlich Parteipolitiker - wie auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auch. Das müssen wir immer wieder deutlich machen. Denn es geht immer um politische Mehrheiten. Also: 22 von 27 Kommissaren sind Christdemokraten bzw. Rechtsliberale, ebenso 23 von 27 Regierungschefs in der EU. Die europäische Politik ist heute nicht irgend etwas, sondern schwarz-gelb dominiert.

Wir setzen dagegen:

- Sozialdemokratische Gesetzesvorschläge wie zur Finanztransaktionssteuer, die von SPD und PS wort- und zeitgleich im Deutschen Bundestag und der französischen Assemblée Nationale im Juni 2011 eingebracht und beraten worden sind - auch ein Novum in der EU!
- Die europaweite Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus, dem Christdemokraten (und manche Rechtsliberale) heute in den Niederlanden, Italien, Österreich, Ungern, Dänemark und Bulgarien schon die Regierungstüren geöffnet haben. Berlusconi, Orban und andere werden dabei von der CDU/CSU eher geadelt als getadelt.

4. Programme

Auf Initiative der SPD werden die sozialdemokratischen Parteien zur Europawahl 2014 erstmals mit einem gemeinsamen Programm antreten, gemäß unserer Europatradition als SPD:

- 1866 "deutsche Einheit ... als Anfang eines solidarischen europäischen Staates" (Leipzig),
- 1925 "für die Vereinigten Staaten von Europa" (Heidelberg).

Dabei müssen auch konkrete strukturelle Fragen entschieden sein:

- eine Europäische Wirtschaftsregierung,
- ein Europäischer Währungsfonds mit der EIB als Nukleus und
- eine Europäische Ratingagentur.

5. Präsident

Auf Vorschlag der SPD werden die sozialdemokratischen Parteien zur Europawahl 2014 erstmals mit einem gemeinsamen Spitzenkandidaten auftreten, der unser Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten sein wird. Eine fundamentale Veränderung im EU-Gefüge!

Konklusion statt Konfusion

Die Sozialdemokratie will eine andere Europapolitik. Das machen wir mit Positionen und Personen deutlich. Die engere Verzahnung von Bundestagsfraktion, MdEPs und A-Ländern ist das Fundament unserer Arbeit. Martin Schulz spielt als künftiger Präsident des Europäischen Parlaments ab 2012 und einziger Sozialdemokrat in einem EU-Spitzenamt natürlich für die SPD und die SPE eine besondere Rolle.

In dieser Legislaturperiode (2009-2013) nimmt die SPD eine Neuorientierung in der Europapolitik vor, die – Schritt für Schritt – zur grundlegendsten Veränderung seit 60 Jahren führen wird: nicht mehr - aber auch nicht weniger.

Es kommt für uns darauf an, im nationalen Gegenwind jetzt europäische Segel zu setzen, um durch klares Steuern voranzukommen: Das wichtigste deutsche Interesse bleibt die Einigung Europas.